



Am Montag sind erneut zahlreiche Flüchtlinge in Seenot geraten. Einige von ihnen wurden in Rhodos gerettet. ARGIRIS MANTIKOS / AP

EU reagiert auf Flüchtlingsdrama

Minister einigen sich auf Aufstockung der Operation «Triton» im Mittelmeer

An einer Sondersitzung haben die EU-Aussen- und -Innenminister beschlossen, mehr zur Rettung von Bootsmigranten zu unternehmen. Den Schleppern sagten sie den Kampf an.

Niklaus Nuspliger, Luxemburg

Nach der bisher schlimmsten Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer, bei der am Wochenende wohl mehr als 900 Menschen ertrunken waren, sind erneut Schiffe mit Hunderten Migranten in Seenot geraten. Italien und Malta hätten nach Hilferufen der Boote Rettungseinsätze eingeleitet, sagte Italiens Regierungschef Matteo Renzi am Montag nach Beratungen mit Maltas Premierminister Joseph Muscat.

Die Tragödie vom Wochenende hat den Druck auf Europa stark erhöht, rasch Lösungen zu präsentieren und umzusetzen. Am Donnerstag werden

die EU-Regierungschefs zu einem Sondergipfel zur Flüchtlingspolitik nach Brüssel reisen. Bereits am Montag haben sich die Aussen- und Innenminister der EU-Staaten in Luxemburg zu einem Krisentreffen eingefunden, wo sie die Antwort auf die Flüchtlingstragödie vorgespurt haben.

In die Kritik geraten war vorab die Operation «Triton» der EU-Grenzschutzagentur Frontex, welche die Ende 2014 ausgelaufene Operation «Mare Nostrum» der italienischen Marine ersetzt hatte. Allerdings verfügt «Triton» über deutlich weniger Schiffe als «Mare Nostrum», zudem ist das Einsatzgebiet auf die küstennahen Gewässer Italiens begrenzt. Im Rahmen eines von der EU-Kommission erarbeiteten Zehn-Punkte-Plans einigten sich die EU-Minister in Luxemburg darauf, «Triton» mit mehr Schiffen und einem höheren Budget auszustatten. Dabei war von einer Verdoppelung der Mittel die Rede.

Bemerkenswert war die Deutlichkeit, mit der sich auch die deutschen

Minister für eine Stärkung der Seenotrettung aussprachen. Im letzten Herbst hatten sich die Regierungen in Berlin und London noch dagegen gesträubt, «Mare Nostrum» durch eine substantielle Frontex-Mission zu ersetzen. Sie argumentierten, eine auf Rettung ausgelegte Operation animiere Flüchtlinge zur Fahrt über das Mittelmeer. Dass die Zahl der Bootsmigranten seit dem Ende von «Mare Nostrum» weiter explosionsartig zugenommen hat, relativiert diese These allerdings stark.

Weiter wollen die EU-Staaten den Kampf gegen die Schlepper intensivieren und deren Boote zerstören, wobei erstmals über eine militärische Mission diskutiert wurde. In Bern äusserte sich Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga zur Flüchtlingstragödie: Auch sie plädierte für verstärkte Rettungsbemühungen im Mittelmeer sowie für einen Verteilschlüssel, nach dem die Flüchtlinge auf die Länder in Europa verteilt werden könnten.